

Reljić, Dušan

Research Report

Milosevic in Den Haag: Serbiens Reformprozeß wankt

SWP-Aktuell, No. 6/2002

Provided in Cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Reljić, Dušan (2002) : Milosevic in Den Haag: Serbiens Reformprozeß wankt, SWP-Aktuell, No. 6/2002, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/254363>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Milošević in Den Haag

Serbiens Reformprozeß wankt

Dušan Reljić

Der Auftakt des Prozesses gegen Slobodan Milošević vor dem Internationalen Kriegsverbrechertribunal in Den Haag nimmt einen Verlauf, der den Erwartungen sowohl der Regierung des serbischen Premiers Zoran Đinđić wie auch des Westens zuwiderläuft. Das offensive Auftreten des ehemaligen serbischen und jugoslawischen Staatschefs und die im Prozeß bisher schwache Rolle der Anklägerin Carla del Ponte heizen die nationalistische und anti-westliche Stimmung in Serbien und in den anderen Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien wieder an. Dies wiederum gefährdet die Reformpolitik der serbischen Regierung, die ohnehin wegen des ausbleibenden wirtschaftlichen Aufschwungs, der politischen Zerwürfnisse innerhalb des Regierungsbündnisses »DOS«, des offenen Status Montenegros und Kosovos und anderer ungelöster Probleme ständig in Turbulenzen agiert. Ohne zusätzliche Unterstützung durch die EU und die einzelnen westlichen Regierungen droht der politische und wirtschaftliche Reformprozeß in Serbien abzustürzen.

In den ersten drei Prozeßtagen (13.–15.2.2002) verfolgten bis zu zwei Drittel der Bewohner Serbiens (ohne Kosovo) den Prozeß am Fernsehen. Wie aus einer Umfrage des Belgrader Meinungsforschungsinstituts »Strategic Marketing« hervorgeht, waren die Zuschauer mehrheitlich überaus zufrieden mit dem Auftritt ihres ehemaligen Präsidenten. Immerhin 41,6% der Befragten gaben ihm die Bestnote »Fünf«, jeweils 20% die Noten »Vier« und »Drei«, für 5% der Befragten verdiente er nur die Note »Zwei«, während 11,6% die schlechteste Note »Eins« vergaben. Insgesamt 37% der Befragten waren überzeugt, daß Milošević in Den Haag »Serbien und

das serbische Volk« verteidigt, während 23% befanden, er versuche seine persönliche Schuld auf das ganze serbische Volk abzuwälzen. Nach zwei Prozeßwochen war noch etwa die Hälfte der Bevölkerung bemüht, die Fernsehübertragungen so oft wie möglich zu verfolgen – mehr als 40% der Befragten zeigten jedoch keinerlei Interesse mehr.

Die Gespaltenheit der Gefühle gegenüber dem ehemaligen Staatschef kommt auch darin zum Ausdruck, daß Milošević seit seinem Sturz am 5. Oktober 2000 zwar in allen Umfragen als unbeliebtester serbischer Politiker firmiert, seine Kampfpose in Den Haag aber in Serbien weithin mit Genugtuung aufgenommen wird. Der

Leiter von »Strategic Marketing«, Srdjan Bogosavljević, deutet die Ergebnisse der Umfrage weniger als Sympathiebekundung für Milošević. Sie seien vor allem als Ausdruck einer weit verbreiteten Abneigung gegen den Haager Gerichtshof zu verstehen, der als anti-serbische Einrichtung in US-amerikanischen Händen angesehen wird. Von Monat zu Monat steige aber in den Umfragen die Zahl derjenigen (zur Zeit etwa 50%), die eine Zusammenarbeit mit dem Haager Tribunal zumindest als notwendiges Übel betrachten, das in Kauf genommen werden muß, um die westliche Wirtschaftshilfe nicht zu gefährden. Allerdings seien nach wie vor nur die jüngeren und besser gebildeten Menschen bereit, auch eine serbische Schuld an Kriegsverbrechen zu erkennen.

Das serbische Volk auf der Anklagebank?

Der Belgrader Psychiater Ljubomir Erić hat in einer Analyse des Prozeßbeginns vor dem »tödlichen Transfer« gewarnt, der seiner Meinung nach immer noch zwischen Milošević und seinen Anhängern besteht und der im Verlauf der Fernsehübertragung reproduziert und verstärkt würde. Milošević versuche in Den Haag zu suggerieren, daß nicht er als Einzelperson, sondern das gesamte serbische Volk auf der Anklagebank sitzt, auf die es als Folge einer westlichen, vor allem von den USA und Deutschland angezettelten Verschwörung geraten sei.

Nach Einschätzung des Belgrader Experten ist die Masse der Milošević-Anhänger unverändert bereit, seine Selbstdarstellung als authentischer Vertreter des Willens des serbischen Volkes zu akzeptieren. Entsprechend sähen sie sich auch mit ihm auf der Anklagebank. Gleichzeitig folgen sie ihrem Meinungsführer und übernehmen seine Verunglimpfung der demokratischen Politiker in Belgrad als »ausländische Marionetten«, »Quislinge« und »nur vorübergehende Figuren«. Die serbische Regierung dürfe sich nicht in falscher Sicherheit

wiegen, nur weil Milošević zur Zeit in Den Haag einsitzt, so Erić.

Die Medien in Serbien haben sich bisher auf die Darstellung der Details der Prozeßprozedur konzentriert und sich kritisch mit der Anklageschrift auseinandersetzt, die allgemein als »politisch«, »voreingenommen« und »einseitig« beschrieben wird. Über das Team der Anklage vermerkte das Belgrader Nachrichtenmagazin »Vreme«, man habe den Eindruck, daß es sich um eine Ansammlung von »überforderten und schlechten Spielern« handelt, die nun unversehens in der Liga der weltbesten Anwälte auftreten müssen. Weniger zurückhaltende Medien in Serbien vermeldeten einen »k.o.-Sieg« Miloševićs gegen die Hauptanklägerin del Ponte »in der ersten Runde«.

Vergangenheitsbewältigung

Serbische Kriegsverbrechen, auch wenn sie vor Gericht Gegenstand dramatischer Schilderungen kosovo-albanischer Zeugen sind, werden zur Zeit in den Medien ebenso wie von Politikern nur selten thematisiert. Vor der Auslieferung Miloševićs nach Den Haag im letzten Frühsommer hatte das Innenministerium bekannt gegeben, daß in Serbien mehrere Massengräber mit sterblichen Überresten von Kosovo-Albanern ausgehoben worden seien. Offenbar sollte dadurch die Bevölkerung gegen das alte Regime und auf die Überstellung des ehemaligen Staatschefs an das Kriegsverbrechertribunal eingestimmt werden.

Seit Milošević einsitzt, zeigt der Staat jedoch nur halbherzige Ansätze, mit strafrechtlichen oder zumindest publizistischen Mitteln Vergangenheitsbewältigung zu betreiben. Ende Februar, nach monatelangen Vorbereitungen und Streitereien, nahm eine von Bundespräsident Vojislav Koštunica zusammengerufene »Wahrheitskommission« ihre Arbeit auf. Ihre Aufgabe ist die Erforschung der Ursachen der Kriege im ehemaligen Jugoslawien zwischen 1991 und 1999. Die Kommission, in der Traditionalisten überwiegen, ist mit äußerst

knappen Finanzmitteln ausgestattet. Gleichzeitig sind in der rechtspopulistischen Presse wieder Angriffe gegen Menschenrechtler und andere »schlechte Patrioten« zu lesen. Außenminister Goran Svilanović, der auch Vorsitzender der Bürgerlichen Allianz Serbiens ist, sah sich genötigt, vor einer Wiederbelebung der »Sprache des Hasses« in der Öffentlichkeit zu warnen.

Đinđićs Regierung in Bedrängnis

Der serbische Ministerpräsident Zoran Đinđić hat offenbar in der Konstellation aus Zuspitzung innenpolitischer Streitfragen, unverändert katastrophaler Wirtschaftslage bei noch immer schleppender Finanzhilfe aus dem Ausland und dem, wie er sagte, in Den Haag stattfindenden »Zirkus« eine ernste Bedrohung für seine Regierung erkannt. An die westliche Öffentlichkeit gewandt, sprach er von »Zeitbomben«, die alle Reformbemühungen in Serbien zum Stillstand bringen könnten, ging scharf ins Gericht mit der EU wegen der Nichterfüllung finanzieller Zusagen und gab zu erkennen, daß weitere Auslieferungen nach Den Haag seine »Reformregierung gewaltig ins Dilemma« bringt.

Auslieferung weiterer Kriegsverbrecher

Đinđić spekulierte sogar über die Gefahr eines Bürgerkrieges, der drohen könnte, wenn der ehemalige Kommandant der Armee der bosnischen Serben, General Ratko Mladić, in Serbien verhaftet würde. Allerdings schwächte Đinđić seine Warnungen später ab und kündigte die Auslieferung von bis zu fünfzehn mutmaßlichen Kriegsverbrechern in den nächsten Wochen an. Am 31. März endet die Frist, die der US-Kongreß Belgrad gesetzt hat, um weitere, wegen Kriegsverbrechen gesuchte Personen nach Haag auszuliefern. Sollte bis dahin nichts geschehen, werden politische und wirtschaftliche Strafmaßnahmen erwogen, unter anderem die Einstellung

der vom US-Kongreß bewilligten Finanzhilfe von 114 Millionen US-Dollar. Weite Teile der Öffentlichkeit in Serbien kommentieren das mit Verbitterung, da sie sich als Geisel in den Händen des US-Abgeordnetenhauses und der Haager Anklagebehörde empfinden.

Zur Zeit am wahrscheinlichsten ist die Auslieferung des ehemaligen serbischen Innenministers aus der Zeit des Kosovo-Krieges, Vljako Stojiljković. Ende Februar wurde ihm die Abgeordnetenimmunität entzogen, so daß er noch in diesem Monat nach Den Haag überstellt werden könnte. Unter den vom Haager Tribunal gesuchten Personen hat der serbische Präsident Milan Milutinović den höchsten Rang. Seine strafrechtliche Immunität erlischt mit dem Ablauf des fünfjährigen Präsidentenmandats am Jahresende. Spätestens am 21. November 2002 muß ein neuer serbischer Präsident gewählt werden. Laut Verfassung verfügt der Präsident Serbiens über Befugnisse, die seine Position als stärker erscheinen lassen als jene des jugoslawischen Bundespräsidenten.

Die Lage vor den Wahlen

Ebenso wie die Mehrheit der Regierungskoalition DOS möchte Đinđić vorzeitige Wahlen vermeiden – und zwar neben den Präsidentschaftswahlen auch jene für das Parlament, das erst im Dezember 2000 gewählt wurde und in dem die Regierungskoalition DOS eine bequeme Mehrheit besitzt. Anders die Position des jugoslawischen Bundespräsidenten Vojislav Koštunica, der mittels Neuwahlen die Stellung seiner Demokratischen Partei Serbiens (DSS) und seine persönliche Macht stärken möchte. Nach aktuellen Erhebungen verfügt er nur noch über einen geringen Popularitätsvorsprung gegenüber anderen, Đinđić nahestehenden Politikern. Vorgezogene Neuwahlen wären insofern Koštunicas Flucht nach vorne. Derzeit ist er bemüht, sich als Hüter des Nationalstolzes und entschlossener Gegner einer Unterwerfung unter das westliche Diktat zu

profilieren. Nach dem Verlauf der ersten Prozeßphase in Den Haag fällt es den nationalistischen Kräften in Serbien leichter, Đinđić als gedankenlos pro-westlich und »unpatriotisch« abzustempeln.

Die USA, das Haager Tribunal und seine moralische Akzeptanz

Hinzu kommt noch, daß Washington, wie der US-Sonderbotschafter für Kriegsverbrechen Pierre-Richard Prosper erklärte, die Tätigkeit des Haager Tribunals spätestens 2008 beendet sehen möchte. Die USA haben sich in der UNO bereits gegen den Budgetantrag des Tribunals für das nächste Jahr ausgesprochen und von »Mißwirtschaft, Ineffizienz und mutmaßlicher Korruption« in Den Haag gesprochen. Indizien dafür wurden nicht genannt und sind auch nicht bekannt geworden. Nach Vermutungen europäischer Beobachter will Washington verhindern, daß das Haager Tribunal als Vorstufe des Internationalen Strafgerichtshofs angesehen wird, den die Vereinigten Staaten ablehnen.

Im gesamten ehemaligen Jugoslawien wird das Abrücken der USA vom Haager Tribunal mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Wie in Serbien wird auch in Kroatien, Bosnien und Herzegowina und jetzt in Kosovo die Haager Justiz von der breiten Öffentlichkeit in der Regel nur dann akzeptiert, wenn sie gegen den vermeintlichen »Feind« der eigenen Ethnie vorgeht. Soll Angehörigen des eigenen Volkes der Prozeß wegen Kriegsverbrechen gemacht werden, wittern sie dahinter fast immer undurchsichtige westliche politische Machenschaften mit dem Ziel, die kleinen Balkan-Nationen zu kujonieren und in Abhängigkeit zu halten. Das mit Ablehnung untermischte Mißtrauen gegenüber dem Tribunal geht so weit, daß selbst einige Kommentatoren in kroatischen und bosnisch-moslemischen Presseorganen ihre »klammheimliche Freude« über Miloševićs Anfangserfolge und besonders seine anti-westlichen Tiraden im Haag nicht verbergen wollten.

Für die moralische Akzeptanz des Haager Tribunals bei der Bevölkerung im gesamten Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens sehen Beobachter als Schlüsselfrage, ob führende westliche Politiker, die an den Bemühungen um die Beendigung der Jugoslawien-Kriege beteiligt waren, als Zeugen im Prozeß gegen Milošević auftreten werden. Sollte es dazu nicht kommen, dann sei zu erwarten, daß in Serbien und den anderen jugoslawischen Nachfolgestaaten jene Ansicht die Oberhand behalten wird, die das Haager Kriegsverbrechertribunal nicht als Ausdruck der Stärke des Rechts, sondern als Ausdruck des Rechts des Stärkeren versteht.

Eine Warnung für den Westen

Die Turbulenzen in Serbien und der Region im Zusammenhang mit dem Auftakt des Milošević-Prozesses sollten von der EU und den westlichen Staaten als Warnsignal aufgenommen werden. Serbien und die anderen Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien sind noch weit entfernt von einer dauerhaften gesellschaftlichen und innenpolitischen Stabilisierung. Vor allem ist der Nationalismus sehr leicht wieder als politische Ideologie zu mobilisieren. Ein Mittel, um in der Region konfliktvorbeugend zu wirken, wäre die Intensivierung der westlichen wirtschaftlichen und finanziellen Hilfe. Dem müßte aber unbedingt eine Überprüfung der bisherigen Wirksamkeit sowohl der Hilfeleistungen der EU, der Weltbank und anderer internationaler Institutionen, insbesondere des Stabilitätspaktes für Südosteuropa, wie auch der direkten bilateralen Unterstützungsprojekte vorausgehen.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2002
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

Gestaltungskonzept
Gorbach Büro für Gestaltung und Realisierung
Buchendorf